



## BERLIN AKTUELL

Ausgabe 152  
17. Februar 2017

### EINWURF

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

mit der Entscheidung der SPD, Martin Schulz als Kanzlerkandidaten zu benennen, ist Leben in die Auseinandersetzung um die Bundestagswahl gekommen. Das werte ich positiv.

Ansonsten rate ich sehr zu Gelassenheit. Nach dem ersten Hype um den neuen Kandidaten rücken Fragen nach seiner persönlichen Glaubwürdigkeit und natürlich nach seinen Inhalten in den Mittelpunkt. Zum Umgang mit Schulz finden Sie einen Artikel in diesem Newsletter.

Zu seinen Inhalten kann ich bisher nur Folgendes feststellen: Schulz steht für einen EU-Beitritt der Türkei, wir lehnen das ab; Schulz steht für Eurobonds und eine Vergemeinschaftung von Schulden, wir lehnen das ab; Schulz doziert über Armut und Ungleichheit in Deutschland, redet das Land schlecht, nimmt aber in Kauf, dass eine Genossin bei VW für 13 Monate Arbeit 12 Mio. Euro Abfindung und eine monatliche Pension von 8.000 Euro erhält - gebilligt von führenden Genossen im Aufsichtsrat!

Ich freue mich auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit Schulz und der SPD!

Herzliche Grüße  
Ihr Patrick Schnieder

### LANDWIRTSCHAFT

#### Neue Regeln für Düngemittel in der Landwirtschaft Grundlagen für die Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie

Die Neuordnung des Düngegesetzes und der Düngemittelverordnung sind beschlossen. Für die Landwirte ergeben sich hierdurch neue Regeln beim Ausbringen der Düngemittel. Die Düngemittelverordnung regelt die Herstellung, Kennzeichnung und Anwendung von Düngemitteln. Eine Änderung der Regelungen wurde notwendig, da bei Messungen wiederholt zu hohe Nitratwerte im Grundwasser festgestellt wurden. Dies ist ein Resultat der Düngung auf landwirtschaftlich genutzten Flächen und wird von EU konsequent ge-

ahndet. Die Europäische Kommission hatte zuletzt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Die neuen Regelungen haben zum Ziel, die Nitratbelastung im Grundwasser zu reduzieren. Gleichzeitig sollen sie aber keinen zu hohen bürokratischen Aufwand für die betroffenen Landwirte darstellen und weiterhin eine bedarfsgerechte Düngung ermöglichen.

Insbesondere die Einführung einer sogenannten Stoffstrombilanz hat in den zurückliegenden Wochen für Diskussionen gesorgt. In der Stoffstrombilanz



Foto: CDU Deutschland

Der Kompromiss bei der Düngemittelverordnung bringt neue Regeln für die Landwirtschaft. Davon sind auch Tierlandwirte in unserer Region betroffen.

sollen künftig alle Düngemittel, die ein Betrieb selbst nutzt oder an andere Betriebe abgibt, erfasst werden. Wir haben dafür gekämpft, dass diese neue Erfassung nicht ad hoc sondern stufenweise eingeführt wird, damit die Betriebe die Möglichkeit haben, sich darauf einzustellen. Ab 2018 sollen zunächst lediglich große Betriebe mit einer Nutzfläche von mehr als 30 Hektar zur Erfassung der Stoffstrombilanz verpflichtet werden. Ab 2023 müssen dann auch Betriebe, die mehr als 20 Hektar Nutzfläche aufweisen die Bilanzierungsmethode anwenden. Durch die stufenweise Einführung haben insbesondere kleine Betriebe ausreichend Zeit, sich auf die Änderung einzustellen. Kleinstbetriebe mit weniger als 15 Hektar Nutzfläche bleiben von der Regelung befreit.

Die Novellierung der Düngeverordnung sieht zudem eine Verlängerung der Sperrzeiten vor, in denen keine Düngemittel verwendet werden dürfen. Der CDU/CSU-Fraktion war es besonders wichtig, dass die neuen Regelungen regionale Unterschiede bei der Nitratbelastung des Grundwassers würdigen und den Bundesländern ausreichend Gestaltungsspielraum bei der Kontrolle und Anwendung der Regelungen geben. So können beispielsweise die beschriebenen Sperrzeiten für die Verwendung von Düngemitteln je nach klimatischer Region um bis zu vier Wochen verschoben werden. Darüber hinaus können die Bundesländer für Betriebe, die in nicht belasteten Gebieten angesiedelt sind, Entlastungen erlassen. Auf der anderen Seite erhalten die Bundesländer aber auch die Möglichkeit, in besonders belasteten Gebieten weitere strengere Regelungen zu erlassen.

Die geschilderten Neuerungen bedeuten zweifelsohne einen zusätzlichen Aufwand für Landwirte und landwirtschaftliche Betriebe. Dennoch halte ich den gefundenen Kompromiss für tragbar. Die Novellierung berücksichtigt stärker als bislang die Umwelterfordernisse bei Düngemitteln und kann dadurch zur Reduzierung der Nitratbelastung beitragen. Das steigert langfristig die Akzeptanz der landwirtschaftlichen Arbeit und gleichzeitig konnten wir abwehren, dass die Betriebe mit noch höheren Auflagen belastet werden.

## BELGIEN

### Parlamentarier zu Gesprächen in Belgien



Vom 01. bis 03. Februar war ich gemeinsam mit drei weiteren Mitgliedern der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Parlamentariergruppe auf Delegationsreise in Belgien. Auf dem Programm standen insbesondere Gespräche mit politischen Vertretern der verschiedenen Regionen und Gemeinschaften.

So sprachen wir beispielsweise mit der belgischen Energieministerin Marie Christine Marghem über die Kernkraftwerke Tihange und Doel. Diese stellen aus meiner Sicht nach wie vor ein Sicherheitsrisiko für die ganze Region dar und sollten umgehend vom Netz genommen werden, solange nicht die Sicherheit zu 100 Prozent von einer unabhängigen Expertenkommission bestätigt worden ist. Dies haben wir auch im Gespräch mit der Ministerin deutlich gemacht.

Mit dem Kabinettschef des belgischen Außenministers diskutierten wir über

aktuelle Themen, wie den Brexit, die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen zu den USA, die Beziehungen zur Türkei, aber auch die Flüchtlingskrise. Hierbei wurde deutlich, dass die deutsch-belgischen Beziehungen sehr eng sind und auf gemeinsamen Grundüberzeugungen beruhen, insbesondere dem Bekenntnis zu einem starken Europa.

Neben diesen politischen Gesprächen wird mir insbesondere der Besuch des deutschen Soldatenfriedhofs in Langemark im Gedächtnis bleiben. Beim anschließenden Besuch im Passchendaele Memorial Museum in Zonnenbeke konnten wir uns zudem über den Alltag der Soldaten während des ersten Weltkriegs in Belgien informieren. Weitere Stationen der Reise waren Gent, Namur und Eupen.



## BUNDESTAGSWAHL

### Kritische Auseinandersetzung ist wichtigstes Mittel der Demokratie Spitzenkandidaten genießen besondere Aufmerksamkeit

Die SPD gerät derzeit über die Nominierung ihres Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl in regelrecht ekstatische Weltentrücktheit. Wer es wagt, Fragen zu Positionierungen und zurückliegenden Entscheidungen von Martin Schulz zu stellen, gerät ins Kreuzfeuer der Genossen. Den Unionsabgeordneten, die Herrn Schulz an seinen Leistungen und Meinungen messen, wurde jetzt reflexhaft vorgeworfen, sie würden eine Schmutzkampagne führen. Ich kann mir über diese Reaktion nur die Augen reiben. Es ist für eine funktionierende Demokratie lebensnotwendig,

dass Haltungen, Entscheidungen und Aussagen hinterfragt und öffentlich diskutiert werden. Einen besonderen Fokus richtet die Öffentlichkeit dabei natürlich auf das Spitzenpersonal und die Spitzenkandidaten. Diese Aufmerksamkeit muss aushalten, wer sich um Spitzenpositionen bewirbt.

Herr Schulz muss sich, nach allem was bisher bekannt ist, die Fragen der politischen Mitbewerber und der Öffentlichkeit gefallen lassen. Diese kritischen Fragen sind weit weg von einer Schmutzkampagne. Wenn die SPD den Eindruck erweckt, unsere Kritik sei Majestätsbe-

leidigung, schadet sie ihrem Kandidaten und der öffentlichen Meinungsbildung. Die CDU wird Herrn Schulz an seinen Antworten und Entscheidungen messen, nicht an seiner Kampagne oder schönen Bildern. Diese Auseinandersetzung ist richtig und notwendig. Wir werden kritisch hinterfragen und wir werden Haltung einfordern.

Wenn die SPD das nicht aushält, sagt das mehr über den Zustand der Partei und die Qualifizierung ihres Spitzenkandidaten als jedes andere Statement.

## WAHLKREIS

### Unternehmensbesuch in Eisenschmitt

Stars und Sternchen, Regierungseinrichtungen, Unternehmen: Wer eine roten Teppich ausrollen will, der kommt an den Produkten der Firma August Schär KG Mech. Kokosweberei nicht vorbei. Eigentümer Georg Fritzsche ist mit seinen Teppichen Weltspitze. In Eisenschmitt produziert er die begehrten roten und andersfarbige Teppiche für Kunden aus der ganzen Welt. Bei einem Unternehmensbesuch durfte ich mir die Produktion und die Arbeit an den Webstühlen anschauen.

Als Ortsbürgermeister von Eisenschmitt führte mich Herr Fritzsche auch durch den Ortskern. Auf dem Brunnen in der Dorfmitte ist die Geschichte des Romans „Das Weiberdorf“ von Clara Viebig nachzuvollziehen. Zudem gibt es ein Museum, das sich ebenfalls dem Werk von Clara Viebig widmet und auch die Geschichte des Ortes erzählt.



Fotos: Schnieder

## VERKEHR

### Mit Vollgas aus dem Investitionsstau

Der schleppende Aus- und Neubau der Bundesinfrastruktur hat in der Regel zwei Gründe, fehlende Investitionsmittel sind jedoch keiner davon. Verzögerungen gehen entweder darauf zurück, dass Umweltverbände über alle Instanzen gegen einzelne Projekte klagen und die Projekte in der Zwischenzeit brachliegen, oder dass die Länderbehörden, die für die planerische Begleitung von Bauvorhaben verantwortlich sind, von den Landesregierungen regelrecht kaputtgespart werden und in der Folge mit den verbliebenen Ressourcen die anstehende Arbeit nicht mehr bewältigen können. In beiden Fällen setzt sich Rheinland-Pfalz deutschlandweit an die Spitze der unrühmlichen Beispiele. Dabei sind beide Probleme bekannt, und beide Probleme sind beherrschbar.

Um zu verhindern, dass Klagewellen die Umsetzung von zentralen Projekten über lange Zeiträume lahmlegen, haben wir jüngst das Infrastrukturbeschleunigungsgesetz novelliert. Für 46 bedeutende Bundesfernstraßenprojekte in Deutschland ist das Bundesverwaltungsgericht die erste und einzige Klaginstanz. Jeder Umweltverband und jeder Bürger kann klagen, aber wenn eine Klage nach eingehender Prüfung abgewiesen wird, kann sie nun nicht mehr vor etliche weitere Gerichte gezogen werden. Dies ist ein sinnvoller erster Schritt.

Noch entscheidender wird es jedoch sein, die Planungsvorhaben spürbar zu beschleunigen und dafür zu sorgen, dass Landesregierungen die Umsetzung von Verkehrsprojekten nicht länger beliebig aufschieben können. Der Lückenschluss der A1 oder der Neubau der Schiersteiner Brücke sind nur die eindrücklichsten Beispiele, wie man auch in unserem Bundesland vom Bundestag beschlossene und vor Ort gewünschte Vorhaben scheitern lässt.

Andere Bundesländer arbeiten fleißiger und rüsten ihre Planungsbehörden eifrig auf, damit sie handlungsfähig sind. Rheinland-Pfalz baut seine PlanungsKapazitäten ab. Verkehrsminister Wissing möchte im ohnehin schon unterfinan-

zierten Landesbetrieb Mobilität (LBM) weitere 180 Stellen einsparen. Das Ergebnis ist, dass Gelder, die für Bundesprojekte in Rheinland-Pfalz gedacht sind, stattdessen in andere Bundesländer fließen. Zuletzt im Januar konnte Verkehrsminister Wissing keine ausreichenden Planungen vorlegen. Die Quittung war, dass über 30 Mio. Euro an den Bund zurückgegeben werden mussten.

Diese Zustände sind für mich nicht tragbar. Wenn es Deutschland als Mobilitäts- und Transportnation nicht gelingt, die Umsetzung der eigenen Verkehrsprojekte erheblich zu beschleunigen, dann werden wir diesen Titel nicht mehr lange halten. Und wir können uns nicht darauf verlassen, dass die mit SPD- und Grünen-Beteiligung regierten Länder von alleine zur Besinnung kommen. Daher hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Initiative von Verkehrsminister Dobrindt für die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft ausgesprochen, die zunächst Autobahnen aus einer Hand plant, finanziert und baut. Damit können wir Reibungsverluste abbauen, Strukturen vereinfachen und PlanungsKapazitäten aufstocken. Gleichzeitig war uns wichtig, dass auch die Beschäftigten der Planungsbehörden der Länder von einer solchen Änderung profitieren. Aus zahlreichen Gesprächen mit Beschäftigten ist mir bekannt, dass der Wunsch nach besseren Rahmenbedingungen groß ist. Daher haben wir durchgesetzt, dass alle Arbeitnehmer unter den gleichen Bedingungen an ihrem bisherigen Arbeitsplatz bleiben können. Der einzige Unterschied wird sein, dass sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben mehr Ressourcen zur Verfügung haben werden.

Öffentlich-Private Partnerschaften – kurz ÖPP-Projekte – sollen weiterhin möglich sein. Bei ÖPP-Projekten werden Bauvorhaben gemeinsam von der öffentlichen Hand und privatwirtschaftlichen Unternehmen realisiert. Derartige Kooperationsmodelle sind bereits seit vielen Jahren in Deutschland im Einsatz und haben nachweislich dazu geführt, dass etliche Projekte schneller

fertiggestellt wurden. Dort, wo private Unternehmen dafür sorgen, dass Projekte zügiger und effizienter realisiert werden, halte ich es für sinnvoll. Gleichzeitig muss es weiterhin enge Regeln geben, damit die finanzielle Verantwortung für Verzögerungen bei den privaten Partnern liegt und keine Fehlanreize entstehen. Aber ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen wird.

Am Ende geht es um die Frage, in welcher Geschwindigkeit wir in Deutschland unsere Zukunft baulich gestalten wollen. Ich halte die geplanten Änderungen für absolut notwendig und überfällig.

Die Infrastrukturgesellschaft wird voraussichtlich im März im Deutschen Bundestag zur Debatte stehen.

## POSTSKRIPTUM

### P.S.: Am Rande bemerkt...

... tobt ein Sturm der Entrüstung durch das Umweltministerium.

Dass sich eine Bundesministerin mit einer Kampagne gegen einen ganzen Wirtschaftszweig wendet, ist bis vor kurzem unvorstellbar gewesen. Ausgerechnet die Umweltministerin hat sich aber kürzlich öffentlichkeitswirksam gegen die deutschen Landwirte gestellt.

Durch unseren Protest wurde die Kampagne eingestellt. Die JU hat dazu noch einen schönen Kommentar.



## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:

Patrick Schnieder MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030/227 71883

Fax: 030/227 76240

[E-Mail](#) • [Webseite](#)

[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)